

Fluglärm gemeinsam bekämpfen!

Betriebszeiten des Hamburger Flughafens beschränken

VON HEIDI BEUTIN, LINKE

Die Debatte um die Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm hat mittlerweile den Umweltausschuss des Kreistags erreicht. Die Interessen des Kreises werden in der Fluglärmschutzkommission durch Ahrensburgs Bürgermeister Michael Sarach wahrgenommen, Kreispräsident Hans-Werner Harmuth ist Mitglied in der Allianz für Fluglärmschutz. Dennoch ist statt einer Entlastung eine Zunahme der Fluglärmbelastung zu registrieren. Das Land Schleswig-Holstein hat seine Anteile an der Betrei-

.....
„Fakt ist, dass drei von vier Flugbewegungen über Nordwesten sowie Nordosten – Kreis Stormarn – abgewickelt werden.“
.....

bergesellschaft des Hamburger Flughafens bereits vor Jahren verkauft. Ist dies der Grund, warum auf der Informationsveranstaltung der Fluglärmschutzkommission vor Ort in Bargteheide Anfang Juni die verantwortlichen Vertreter des zuständigen Umwelt- und Wirtschaftsministeriums aus Kiel fehlten?

Fakt ist, dass drei von vier Flugbewegungen über Nordwesten (Kreise Segeberg und Pinneberg) sowie Nordosten – Kreis Stormarn – abgewickelt werden. Da neun von zehn Flugzielen jedoch im Süden von Hamburg liegen, müssen die Flugzeuge große Umwege machen. Mindestens dieser Teil des Fluglärms wäre weitgehend vermeidbar, wenn auch die südöstliche Start- und Lande-

bahn – die bisher nur sehr sporadisch zum Einsatz kommt – anteilig mit genutzt werden würde.

Welche Möglichkeiten bestehen, um den Missstand zu beheben? Eine Reduzierung der Betriebszeit des Hamburger Flughafens auf werktags 6 bis 22 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 22 Uhr stellt ein gleichsam wirksames wie verhältnismäßiges Mittel dar, um einen nachhaltigen Interessenausgleich herbei zu führen.

Wären durch die Einführung eines Nachtflugverbotes zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet? Bei dem Hamburger Luftverkehrscluster muss zwischen dem Flughafenbetreiber mit etwa 1850 Arbeitsplätzen (davon ein großer Teil im prekären Niedriglohnsektor), Airbus mit rund 12500 und der Lufthansa Technik mit circa 9750 Arbeitsplätzen unterschieden werden. Airbus und Lufthansa Technik agieren weitgehend unabhängig von den Betriebszeiten des Flughafens. Außerdem verursachen sie zusammen weniger als zehn Prozent der Flugbewegungen, die der Flughafenbetreiber zu verantworten hat.

Die Kieler Landesregierung muss deshalb den betroffenen Bürgern erklären, warum die Stadt Hamburg zu Lasten Schleswig-Holsteins einen Teil ihrer Einwohner über Gebühr vor Fluglärm schützt, während sie selbst tatenlos bleibt.



Heidi Beutin
Kreistagsabgeordnete der Linken